

Minister Mielke zum weiteren Vorgehen nach der Stasi-Razzia in der Zionskirche

Die Stasi-Razzia in der Umweltbibliothek im November 1987 erzeugte eine von Stasi und SED-Führung ungewollte Aufmerksamkeit. Innerhalb und außerhalb der DDR kam es zu einem breiten Echo und Solidaritätsbekundungen mit den festgenommenen Aktivisten. Um die Situation in den Griff zu bekommen, erließ Minister Mielke gezielte Anweisungen zum Umgang mit der Opposition.

Die Kirchen in der DDR boten innerhalb der realsozialistischen Diktatur einige Freiräume, die besonders junge Menschen für sich nutzten. Neben selbst bewirtschafteten Räumlichkeiten besaßen die Kirchen eine staatliche Druckgenehmigung, die sie zur Herausgabe eigener Publikationen ohne vorherige staatliche Zensur berechnete. Im Umfeld der Kirchen entstanden neben der gegen Wehrunterricht und Aufrüstung gerichteten Friedensbewegung ab Ende der 70er Jahre auch Umweltgruppen in der DDR. Diese wandten sich gegen die zunehmende Umweltverschmutzung ihres Landes und versuchten, sich selbst Informationen zu Umweltthemen zu verschaffen, die der SED-Staat der Öffentlichkeit bewusst vorenthielt.

In der Ost-Berliner Zionsgemeinde befand sich mit der Umweltbibliothek (UB) ein Versammlungsort für Oppositionelle, der zunehmend ins Visier der Stasi geriet. Die UB ermöglichte nicht nur einen Zugang zu westlicher Fachliteratur, sondern hier fanden auch Veranstaltungen statt und ihre Mitglieder produzierten Zeitungen im Selbstverlag.

Unter dem Decknamen Aktion „Falle“ führte die Stasi in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 in der Umweltbibliothek eine Razzia durch. Geplant war, Aktivisten bei der Herstellung der nicht durch die kirchliche Lizenz gedeckten Oppositionszeitung „Grenzfall“ zu ertappen. Das Samisdatblatt wurde von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ publiziert, die die Staatssicherheit wegen ihrer kritischen Arbeit als illegal einstufte. Durch eine kurzfristige Planänderung wurde der Druck jedoch verschoben und die Stasi traf Mitglieder der Umweltbibliothek stattdessen beim Drucken der kircheneigenen „Umweltblätter“ an. Den Oppositionellen gelang es, westliche Medien über die Razzia zu informieren und durch Mahnwachen und Protestveranstaltungen den Bekanntheitsgrad der Umweltbibliothek in Ost und West zu erhöhen. Die Aktion „Falle“ durchkreuzte damit das eigentliche Vorhaben des MfS, die Verbreitung kritischer Positionen in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Im vorliegenden Dokument bezieht sich Stasi-Minister Erich Mielke auf ein Schreiben an die Leiter der Dienstseinheiten vom 25. November 1987. Darin informierte er seine ranghöchsten Offiziere über die Festnahme von sieben anwesenden Personen in den Räumen der Zionskirche.

Um das Erstarken des oppositionellen Kreises rund um die Umweltbibliothek zu unterbinden, wies Mielke in der „2. Ergänzung“ des Schreibens weitergehende Maßnahmen an. Die Ermittlungsverfahren gegen vier Aktivisten der UB, Wolfgang Rüddenklau, Bert Schlegel, Till Böttcher und Andreas Kalk wurden bis auf weiteres fortgeführt. Weiterhin sollten innerhalb der Kirchenleitung SED-treue Personen gezielt gestärkt und der Einfluss von „feindlich-negativen Kräften“ geschwächt werden. Gegen die Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift „Grenzfall“ wurde trotz der erfolglosen Razzia weiter gezielt vorgegangen. Ebenso sollte die Staatssicherheit möglichen Protestaktionen, zum Beispiel anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember, vorbeugen.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8814, Bl. 1-5

Metadaten

Dienst Einheit: Minister für
Staatssicherheit
Rechte: BStU

Urheber: MfS
Datum: 10.12.1987

Minister Mielke zum weiteren Vorgehen nach der Stasi-Razzia in der Zionskirche

103428 247/87

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

Berlin, 10. 12. 1987

Vertrauliche Verschlusssache
VVS-o008
MfS-Nr. 78/87
48 .Ausf. Bl. 1 bis 3

Diensteinheiten
Leiter

BSU
000001

2. Ergänzung zum Schreiben vom 25. November 1987
(VVS MfS o008 - 71/87)

Die Gesamtheit aller auf zentralen Entscheid im Zusammenhang mit der Verhinderung der weiteren Herstellung der staatsfeindlichen Schrift "Grenzfall" und den Ereignissen um die Zionskirche und deren "Umweltbibliothek" bisher realisierten Maßnahmen, das dabei praktizierte politisch verantwortungsbewußte und besonnene Verhalten sowie das in Aussicht gestellte weitere staatliche Entgegenkommen haben zu einer gewissen Normalisierung der Lage geführt.

Während einer am 4. Dezember 1987 in der Zionskirche durchgeführten sogenannten Vollversammlung wurde, dieser Tatsache Rechnung tragend, auf eine unmittelbare Fortführung insbesondere öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten verzichtet.

Der sogenannte harte Kern feindlich-negativer Kräftegruppierungen, insbesondere Mitglieder der "Initiative Frieden und Menschenrechte" in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sind jedoch nach wie vor nicht an einer generellen Normalisierung der Lage interessiert und folgen weiter bedingungslos der von äußeren Feinden vorgegebenen Linie und deren konkreten Orientierungen. Ihnen geht es - in konfrontativer Absicht gegenüber dem Staat - vor allem darum, weiterführende provokatorisch-demonstrative Handlungen mit dem Ziel des "Ausbaus erreichter Zugeständnisse" zu inszenieren und zu organisieren, einen übergreifenden republikweiten Solidarisierungseffekt unter sogenannten alternativen Gruppierungen zu erzielen sowie Gleichgesinnte und Sympathisanten zusammenzuführen. Hartnäckig versuchen sie, Druck auf kirchenleitende Kräfte auszuüben, um ihre Forderungen durchzusetzen und ihr Wirkungsfeld im kirchlichen Bereich beständigen zu lassen.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8814, Bl. 1-5

Blatt 1

Minister Mielke zum weiteren Vorgehen nach der Stasi-Razzia in der Zionskirche

BSU
000002

2

851601

Diesem Zweck soll u. a. das in der "Umweltbibliothek" eingerichtete ständige "Informationsbüro" dienen, dessen Aufgabe insbesondere darin bestehen soll, den kontinuierlichen und schnellen fernmündlichen Informationsaustausch zwischen den einzelnen feindlich-negativen Gruppierungen und Kräften im Innern der DDR sowie zu gegnerischen Kräften im Operationsgebiet zu gewährleisten. Um darüber hinaus Kontaktpartner im In- und Ausland aus eigener Sicht über die Ereignisse um die Zionskirche/"Umweltbibliothek" zu informieren, wurde von diesen Personen eine 5seitige "Dokumentation" hergestellt und vervielfältigt. Mit ihrer Verbreitung wurde am 5. Dezember 1987 begonnen.

Die überwiegende Mehrheit kirchenleitender Kräfte und Amtsträger sieht die durchgeführten staatlichen Maßnahmen als Reaktion des Staates zur Unterbindung ungesetzlicher Handlungen außerhalb der Kirche stehender Personen an. Das Verhalten dieser kirchlichen Personen ist jedoch weiter durch Tendenzen der Toleranz und Inkonsistenz bei der Disziplinierung feindlich-negativer Kräfte geprägt. Teilweise führte taktierendes Verhalten und die Nichtausübung ihrer Verantwortung in Wahrnehmung ihres Hausrechts zu einer regelrechten Unterstützung des Vorgehens dieser Elemente.

In diesem Zusammenhang wird auch auf eine "Schnellinformation" des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 4. 12. 1987 an alle Landeskirchen verwiesen, in welcher u. a. gefordert wird, die Arbeit der Gemeinden und ihrer Gruppen müsse ungehindert fortgeführt werden. (Es ist davon auszugehen, daß diese "Schnellinformation" von den Landeskirchen vervielfältigt und weiterverbreitet wird.)

Zum weiteren Vorgehen wurde zentral entschieden:

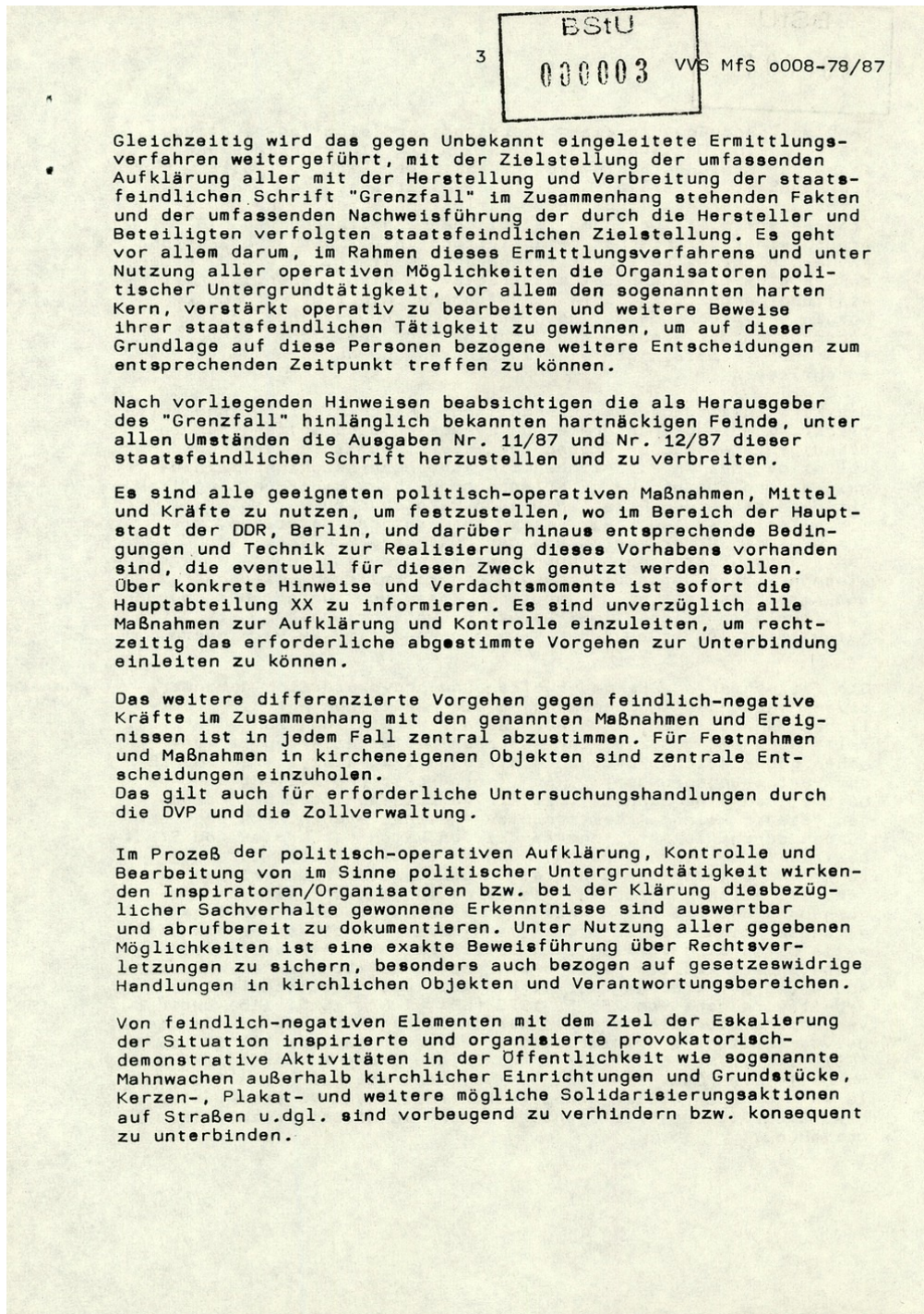
Die am 25. 11. 1987 gemäß § 218 StGB eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen RUDDENKLAU, SCHLEGEL, BÜTCHER und KALK werden - entgegen den aus kirchlichen Kreisen erfolgten und von den Westmedien breit provozierten Verlautbarungen - weitergeführt. Über einen evtl. differenzierten Abschluß dieser Ermittlungsverfahren wird zum gegebenen Zeitpunkt entschieden - unter Beachtung der weiteren Entwicklung der Lage, insbesondere der von solchen feindlich-negativen Kräften ausgehenden bzw. von ihnen beabsichtigten weiteren Aktivitäten sowie der von zuständigen kirchlichen bzw. kirchenleitenden Kräften dazu bezogenen Positionen.

Das Ziel dieser Maßnahmen besteht darin, nachdrücklich zu verdeutlichen, daß Entscheidungen über die Weiterführung bzw. den Abschluß der Ermittlungsverfahren in Abhängigkeit vom entsprechenden Stand der Untersuchungen getroffen werden, wobei auch das weitere Verhalten der betreffenden Personen eine bestimmte Rolle spielt. Gleichzeitig wird damit das Ziel verfolgt, die Positionen realistischer kirchenleitender und anderer Einflußpersonen zu stärken, sie zu veranlassen, sich klarer von feindlich-negativen Kräften, besonders dem sogenannten Kern, sowie den von ihnen durchgeführten bzw. beabsichtigten staatsfeindlichen Handlungen abzugrenzen und damit insgesamt den innerkirchlichen Differenzierungsprozeß zu unterstützen.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8814, Bl. 1-5

Blatt 2

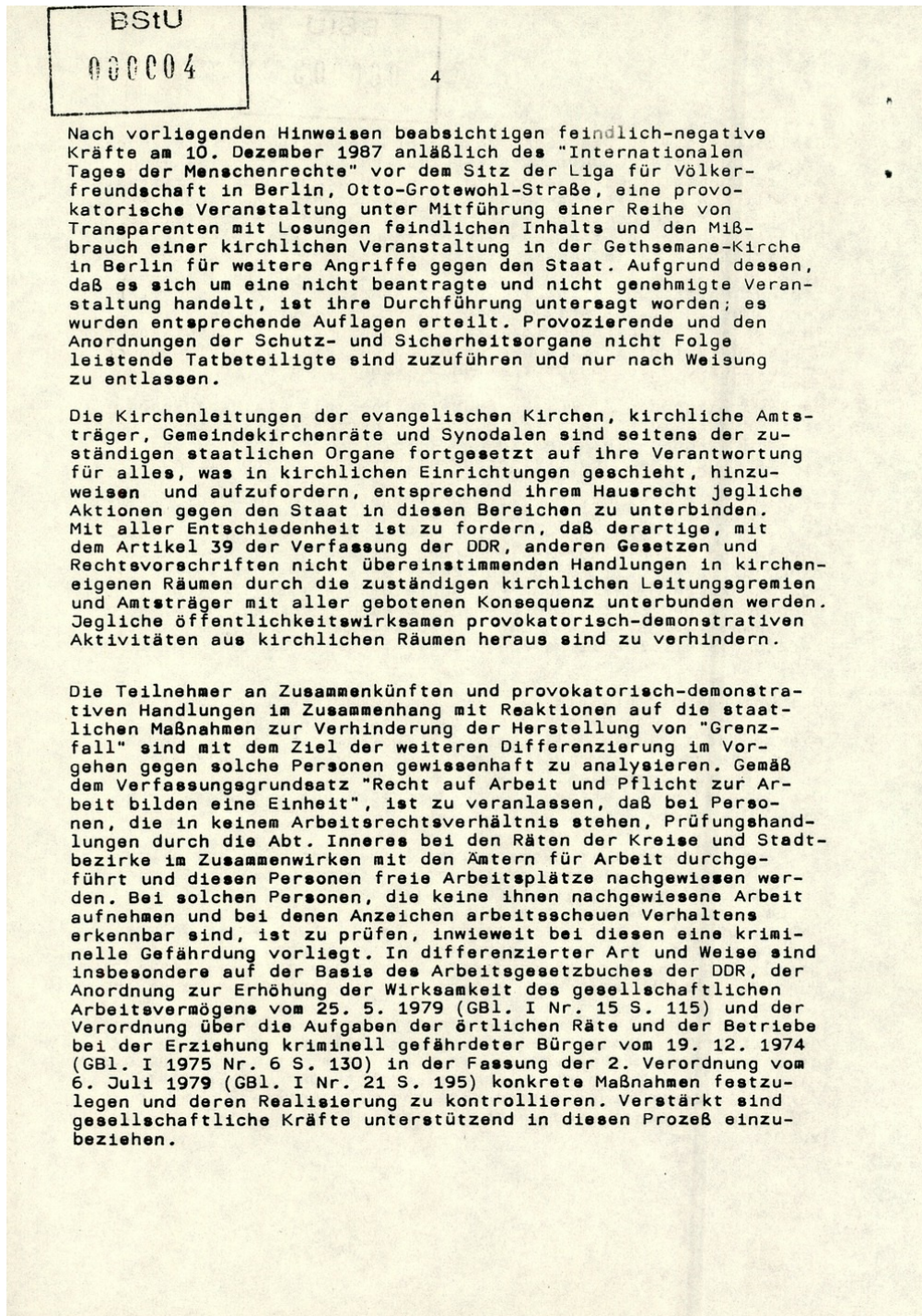
Minister Mielke zum weiteren Vorgehen nach der Stasi-Razzia in der Zionskirche



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8814, Bl. 1-5

Blatt 3

Minister Mielke zum weiteren Vorgehen nach der Stasi-Razzia in der Zionskirche



Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8814, Bl. 1-5

Blatt 4

Minister Mielke zum weiteren Vorgehen nach der Stasi-Razzia in der Zionskirche

BSU
000005

5

VVS MfS 0008-78/87

Das in jüngster Zeit praktizierte Zusammenwirken äußerer und innerer Feinde und die dabei erzielten Wirkungen erfordern eine Intensivierung der Bekämpfung äußerer Feinde. Alle Pläne, Absichten, Maßnahmen und Orientierungen des Gegners zur Inspiration/Organisierung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR sind umfassend aufzuklären, zu dokumentieren und zur zentralen Auswertung zur Verfügung zu stellen. Beweiskräftige Hinweise sind über das aktuelle und künftige Vorgehen der imperialistischen Geheimdienste und anderen feindlichen Zentren im Operationsgebiet zur Steuerung der feindlich-negativen Aktivitäten gegen die DDR zu erarbeiten. Das gilt auch für die Erarbeitung konkreter und personifizierter Beweise über die Inspiratoren/Organisatoren, die Hintermänner, die einbezogenen und anderweitig genutzten Kräfte.

Alle Personen aus der BRD und Westberlin, die mit dem Ziel in die DDR einzureisen beabsichtigen, im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkende Kräfte unmittelbar zu unterstützen und das gemeinsame weitere Vorgehen bzw. mögliche Aktionen abzustimmen, sind nach zentraler Abstimmung in Einreisesperre zu stellen.

Die erforderlichen Maßnahmen sind im engen Zusammenwirken mit der BDVP und weiter einzubeziehenden staatlichen und gesellschaftlichen Kräften durchzusetzen.

Die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED sind in geeigneter Form über die genannten Festlegungen und Vorgehensweisen zu unterrichten.

Mielke
Armeegeneral

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8814, Bl. 1-5

Blatt 5